

Mittwoch, den 27. Januar 1875.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

53. Sitzung des Reichstages. (26. Januar.)

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Camphausen, Geh.
Rath Michaelis u. A.

Nachdem das Haus von der Aufhebung des gegen den Abg. v. Donimirski eingeleiteten Strafverfahrens in Kenntniß gesetzt worden, wird die gestern unterbrochene zweite Beratung des Bankgesetzes (§ 9) fortgesetzt. Außer den gestern bereits mitgetheilten Anträgen zu § 9 liegen heute noch zwei neue vor:

1) vom Abg. Ausfeld (Gotha): den der Privatbank zu Gotha zugewiesenen Betrag an ungedeckten Noten von 1,344,000 Mark um 1 Million zu erhöhen und die Württembergische Bank, der 10,000,000 Mark zugewiesen sind, um 1 Million zu kürzen, eventuell im Interesse der letzteren den Gesamtbetrag der ungedeckten Noten um 1 Million, d. h. auf 386 Millionen Mark zu erhöhen;

2) vom Abg. Parisius, Banks und Genossen: die Gesamtsumme der ungedeckten Noten von 385 Millionen, welche die Commission schießlich festgestellt hat, auf den von der Reichsregierung ursprünglich vorge schlagenen Betrag von 380 Millionen wieder herabzusetzen und die aus den zugefügten 5 Millionen der Hannoverschen, Bremer und den beiden Lübecker Banken gemachten Mehrzuwendungen zu streichen.

Abg. Zellkampf tritt für seinen gestern mitgetheilten Antrag ein, die Reichsbank zu verpflichten, ihre Noten sofort zur Hälfte, nach 5 Jahren zu $\frac{1}{4}$ und nach 10 Jahren voll mit Metall zu decken. Es fragt sich, führt der Vorschlag, ob man den vorliegenden Gegenstand vom Standpunkte der Interessen derer zu behandeln habe, die billigen Credit durch ungedeckte Noten haben wollen, oder vom Standpunkte der Pflichten der Gesetzgebung des Staates, welche für ein sicheres Geld- und Bankwesen zu sorgen hat, d. h. dafür, daß das Geld und sein Stellvertreter, die Banknoten, nicht nur Zahlungsmittel, sondern vor allen Dingen ein sicheres, möglichst unveränderliches Maß der Werthe ist. Die von der Commission vorgeschlagene Reichsbank mit einer großen ungedeckten Notenausgabe, bairisch auf $\frac{1}{2}$ Metalldeckung, kann das Schwanken des Werthmessers nicht verhüten, indem sie einen Notenumlauf über das Bedürfniß hinaus nur durch Disconto-Erhöhung beschränken kann, um dahin zu wirken, daß das bare Geld nicht weiter abfließt, sondern zurückfließen möge. Es findet danach abwechselnd Ausdehnung und Beschränkung des Notenumlaufs und dadurch Schwanken des Werthmessers statt. Der große Nachtheil der ungedeckten Noten ist daher nothwendiger Weise das schwankende Maß der Werthe. Alle Nachtheile des ungedeckten Notenumlaufs sind nur durch volle Baardeckung der Noten zu curiren.

Von diesem Standpunkte aus ist der vorliegende Entwurf der Bank-Commission sehr bedenklich, weil er vorwaltend im Interesse Derer abgefaßt zu sein scheint, welche billigen Credit durch ungedeckte Noten haben wollen, indem er in der Anlage zum § 9 die große Masse der ungedeckten Noten zuläßt und die Steuer von 1 Procent, also die Begrenzung, beseitigt, während § 17 die ungenügende $\frac{1}{2}$ -Deckung der Noten als Privilegium des Bittelbantwesens des Reiches aufstellt, welche wohlfeilen Credit schafft, aber auch an Gründungen und Conforten, zu deren Vereinigung zur Erwinnung von Monopolpreisen und zu Kriegen zum Nachtheil des ganzen Publicums geführt hat und auch ferner führen kann; in den Kriegen wird mehr verloren, als früher durch die ungedeckten Noten und billigen Credit, gewonnen ist.

Ein Theil der Industrie lebt bekanntlich bisher in Deutschland vorzugsweise vom Bank-Credit, ein ungewunderter Zustand, dessen Veremigung nicht wünschenswerth ist. Man sagt freilich, statt der Geldwirtschaft herrsche jetzt eine künstliche Creditwirtschaft, welche Banknoten und Papiergeld in großer Masse erfordert. Aber künstliches Geld wird niemals eine gesunde Grundlage für die volkswirtschaftliche Entwicklung bilden. Ein auf künstlichem Gelde beruhendes Creditssystem plagt wie eine Seifenblase durch seine Ueberdehnung und durch die Concurrentz mit solideren Geldverhältnissen auf dem Weltmarkte, wie der letzte Krach in Deutschland und Oesterreich bewiesen hat. Die Bankfrage ist für Deutschland, welches den Fall einer feindseligen Invasion im Auge behalten muß, trotz einer gegenwärtig überwiegenden Kraft eine Lebensfrage. Deshalb sollte sein Geld- und Bankwesen so gesichert sein, daß die Baarzahlung auch in politischen Kriegen ungestört die Regel bilden könnte. Dies ist nur der Fall beim Umlauf genügenden baaren Geldes und vollgedeckter Noten im eigenen Lande.

Abg. Dr. Schaaf (Vandirector in München, Urheber des Antrages, die Gesamtsumme der ungedeckten Noten von 385 auf 435 Millionen zu erhöhen und davon der Reichsbank 300 Millionen statt 250 Millionen zuzuwenden): M. H., der Kampf über die vorliegende Frage hat gestern eine Heftigkeit erreicht, wie sie das, was uns in dieser Frage eigentlich trennt und scheidet, nicht verdient. Es handelt sich in der That um kein großes Princip des Gegentheims, sondern ausschließlich um eine Gleichgewichtsfrage, um eine Rechnung, die darüber aufgestellt werden soll, ob die Ziffer, welche die Commission vorschlägt, angenommen werden soll, oder ob das Bedürfnis des Handels und der Industrie eine Erhöhung derselben erfordert. Ich habe es gestern auch für bedauerlich erachten müssen, daß man der Lebhaftigkeit meines Freundes Kasper von dieser Seite des Hauses (auf die Rechte deutend) in einer Weise entgegen getreten ist, die offenbar nicht gerechtfertigt war. Es handelt sich bei dem Ausdruck der Meinungen über diesen Gegenstand ja nicht um Unfehlbarkeit, sondern höchstens darum, ob ein Irrthum auf einer Seite vorliegt oder nicht.

Dem Abg. Laszler ist gewiß ein hohes Maß von Anerkennung gesichert, gesichert, man hat kein Recht, heute dieses Maß schon Unterstlichkeit zu nennen, aber ein schönes Blatt in der Geschichte wird ihm unter allen Umständen bleiben und dies Blatt wird sich um so reicher schmücken, je mehr er sein Repertoire beschränkt und je mehr er in rein rognertischen Dingen sich frei hält von der Form der begeisterten, feurigen Rede, und rein objectiv und sachlich die Dinge so beurtheilt, wie sie einzig und allein an der Hand wirklicher Erfahrung in gewissen Materien beurtheilt werden können. Vor Allem möchte ich aus der Discussion verbannt wissen die Eintheilung des Hauses in eine Schaar von tugendhaften, weisen Lämmchen, die mit der Gründerei und der Speculation nichts zu thun haben wollen, und in eine Schaar von solchen, die entweder schon in diesen Sumpf gefallen sind oder unter Umständen im Begriff wären hineinzutreten. Darum handelt es sich heute in der That nicht. Ob Sie die Ziffer auf 250 oder auf 300 Millionen fixiren, dadurch wird die Gründerei weder gehemmt noch ausgeschlossen werden können. Wer die Zeit der Gründungen verfolgt hat und ihre Ursachen kennt, thut entschieden Unrecht, wenn er die große Notencirculation allein dafür verantwortlich machen will. Wenn der Abg. Laszler sagt, er werde die Gründerei und die Mißbräuche bekämpfen bis aufs Messer, so kann er sich — das verspreche ich ihm hier von der Tribüne — vollkommen auf mich verlassen; ich bin bereit, ihm das Messer zu wehen, wenn es stumpf werden sollte, ich bin bereit, ihm zu secundiren in jeder Art. Aber darum handelt es sich hier nicht, sondern der Anstoß zu jener Periode war, daß zu der Zeit, ehe die Gründungen eintreten, große Mengen von Kapital dem deutschen Markte zugefloßen sind, die Placement suchten. Ich erinnere an die prophetischen Worte des Herrn Referenten, die, lange vor den Gründungen gesprochen, sich durchweg bestätigt haben. Die Milliarden anlagefertigen Kapitals, die nach Deutschland strömten, haben ihre Wirkung gethun und wenn das Contingent der ungedeckten Noten damals nur den dritten Theil dessen betragen hätte, den es betrug, so wären die Erscheinungen, die wir erlebt haben, dennoch unvermeidlich eingetreten.

Sie sind auch in Deutschland nicht allein dagewesen, die Geschichte der Kriegen zeigt, daß solche Erscheinungen regelmäßig nach großen politischen Veränderungen eintreten, welche einem Staate ein gewisses Uebergewicht über die anderen einräumen, die den Credit desselben in Folge dessen außerordentlich stärken und der großen Menge des Publicums das Vertrauen erwecken, daß nun eine lange Aera des Friedens kommen werde. Die Creditfrage spielt auch dabei eine viel größere Rolle als die Notenfrage und selbst als die Metallfrage. Als ich mich entschloß und zwar schwer entschloß, für eine Contingententzehr der ungedeckten Noten auf den Betrag von 300 Millio-

nen zu stimmen, machte ich mir klar, welche Aufgaben die Reichbank zu erfüllen habe. Die erste Aufgabe ist offenbar, die Goldcirculation im ganzen Lande zu reguliren. Wenn mir nun Jemand einwenden könnte, daß durch eine Zulage von 50 Millionen Mark über die von der Commission vorgeschlagene Summe von 250 Millionen wirklich die Goldcirculationsfrage, resp. die Frage der Erhaltung des Goldes im Lande gefährdet werde, so wäre ich der letzte, der für eine solche Erhöhung votiren könnte. Ueber diese Frage sich eine Meinung zu bilden ist ganz außerordentlich schwer und auch ich folge darin Autoritäten, naturgemäß solchen, deren finanzpolitische Vergangenheit, deren Stellung in finanzpolitischen Fragen mir eine Garantie dafür giebt, daß sie niemals eine Maßregel befürworten könnten, welche die Goldwährung gefährden würde. Diese Autorität sitzt in der Person des Herrn Referenten an meiner Seite. Es wäre etwas Ungeheuerliches, wenn der Mann, dem heute die Hälfte des Verdienstes zukommt, daß die Goldwährung in Deutschland durchgeführt werden soll, jetzt aus Gründen, die unersichtlich wären, eine Maßregel vorschläge, die das directe Gegentheil von dem herbeiführen würde, was er mit so großer Verehrtheit und Kraft in diesem Saale, die Regierung allerdings unterstühend, durchzuführen verstand.

Die zweite Aufgabe der Reichsbank ist, ein Ersatz dafür zu sein, was durch Entzugi, daß wir das gemischte Bankensystem bis auf kleine Einzelheiten ausgegeben haben. Denn es mag mir einwendet werden, was da wolle, die Einführung der Reichsbank ist eine Verfürzung der Notencirculation in allen jenen Gebieten, welche bisher im Gebiete der preussischen Bank Noten in Circulation gesetzt haben. Es ist nicht nur dieses Contingent der einzelnen Notenbanken erheblich verringert, sondern es ist auch in der Vorrichtung, daß nur Noten von 100 Mark ausgegeben werden, eine Maßregel getroffen, die die Circulation solcher Noten erhöht und in Folge dessen auch nöthig macht, daß der hierdurch entstehende Abgang durch etwas Anderes ersetzt wird. Die bezüglich der preussischen Bank gestern angeführten Ziffern beweisen nichts. Abgesehen davon, daß nicht alle richtig waren, hat man auch ganz übersehen, daß die preussische Bank als solche in Zukunft gar nicht mehr existiren wird, daß sie, wenn sie auch gemissbrauchen ihr Klein nur geändert hat, Reichsbank sein wird. Für diese können aber jene Ziffern über die preussische Bank nicht maßgebend sein. Es schlägt hier namentlich der Umstand ein, daß die Größe der Nation, der in Folge dessen erhöhte Wohlstand, die Vermehrung unseres Eigenbathums eine früher nicht gekannte Entwicklung in die Industrie gebracht hat. Diese neuen Verhältnisse können doch nicht an den Ziffern aus den sechsziger Jahren gemessen werden; man hätte vielmehr die Ziffern aus den siebenziger Jahren nehmen müssen, in welchen nicht behauptet werden kann, daß die Gründerperiode noch bestand und ihre Wirkungen auf die Circulation der Noten geknüpft hat. Aus ganz verlässlichen Ermittlungen, in deren Besitz ich mich befinde, ergibt sich, daß die ungedeckten Noten der preussischen Bank den Betrag von 83½ Millionen Thalern nicht nur während der Zeit vom September 1872 bis März 1873 überfrachten haben, sondern auch vom 15. Juni bis 23. October 1874, vom 31. October bis 15. November 1874, vom 23. November 1870 bis 7. Februar 1871, vom 30. Juni bis 15. Juli 1871, vom 30. Septbr. bis 30. October 1871 und vom 31. October bis 7. November 1871 allein im Gebiete der preussischen Bank, also mit Ausschluß der Filialen.

Am stärksten ist der Betrag von 83 $\frac{1}{2}$ Millionen allerbing's in den letzten Monaten des Jahres 1872 und im März 1873 überschritten worden. Auf diese Jiffern will ich nichts geben, weil ihnen gegenüber die Einwände gerechtfertigt sind, die wir gern hören. Gegen die Angriffe, welche wider die Verwaltung der preussischen Bank gemacht worden sind, gestatten Sie mir aber Eines anzuführen. An Bemäbungen, die Anlagen in jüngster Zeit verabzumindern, hat es die Bankverwaltung nicht fehlen lassen. Sie hat den Discout schon am 16. October 1872, zu einer Zeit, als die ungedeckten Noten und die Bankanlagen sich noch in sehr normalen Grenzen bewegten, von 4 auf 5 resp. auf 6 Procent erhöht und war bei der Auswahl der Wechsel mit einer so großen Strenge vorgegangen, daß jener bekannte Sturm in der preussischen Kammer erfolgte. Die Bankverwaltung hat dann die Genugthuung gehabt, daß ihr Gebahren in den weitesten Kreisen Billigung fand und erst jetzt treten retropektive Klagen auf, die sie mitschuldig machen wollen an den Ereignissen, die später eingetreten sind, obgleich man vom Bankstandpunkt aus ja zugeben muß, daß eine Discouterhöhung nur dann gerechtfertigt sein kann, wenn das ungedeckte Contingent ein großes Quantum übersteigt, während man verständiger Weise nicht sagen kann, daß in jenen Zeiten, in welchen die preussische Bank 90 und mehr Procent Dedung hatte, in der Nichthin-aufsehung des Discouts ein bankpolitischer Fehler gelegen hätte. Von großer Einwirkung war allerding's der Zufluß der Reichsgelder aus der französischen Kriegskontribution. Das Reichsguthaben hatte sich bis Ende März 1873 hauptsächlich in Folge der Bemäbungen der Bankverwaltung, Geldzuflüsse der Art möglichst von sich abzuwehren, in mäßigen Grenzen von 15 bis 36 Millionen gehalten. Am 1. April wurden der Bank in wenig Tagen über 50 Millionen und dann noch weitere 26 Millionen Thaler Reichsgelder zugeführt und in Folge dessen wurde die Summe der ungedeckten Noten bis zum 7. September 1873 auf 5 Millionen Thaler reducirt.

Es kann ja zugegeben werden; es hätte der Discount vielleicht schon im September 1872 statt auf 5 gleich auf 6 Procent erhöht werden können, um einer übermäßigen Ausdehnung der Anlagen entgegenzutreten. Allein gerade damals würde durch eine solche Maßregel der Handel und die Industrie geschädigt worden sein und damit wäre der Hauptzweck, den das Discountirungs-geschäft der Bank zu erfüllen hat, in der entsehrlichsten Weise gefährdet worden. Das Steigen des Discounts um ein oder zwei Procent schadet nicht den Elementen, die sich mit der Speculation befassen, wohl aber dem Handel und der Industrie. Ich will jene Elemente turnage die Börse nennen, für die ich absolut kein Interesse und keine Sympathie habe, und den Gräber, mit anderen Worten den Schwindler. Das solibeste Bankgeschäft ist dasjenige, welches gestern etwas verächtlich als jenes charakterisirt worden ist, das sich mit den $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ beschäftigt, nicht aber jenes, welches 10, 15, 20 und noch mehr Procent Agio bei Emiſſionsgeschäften in die Tasche steckt. Es ist ein häufig vorkommender Irrthum, die Industrie und den Handel als etwas hinzustellen, was ganz allein für sich arbeite und für sich verdiene. Von dem Wohle des Handels und der Industrie hängt der Preis der Waare ab und von diesem die Höhe des Lohnes der Freise, unter denen wir alle zu leiden oder über die wir uns Alle zu freuen haben. (Sehr richtig!) Auch den Discount zahlen Sie Alle mit, die sie hier sitzen, weil er in dem Preise der Waaren steht und deshalb ist der Satz durchaus falsch, daß die Steigerung des Discounts von 1 und 2 Procent willkürlich vorgenommen werden dürfte, um der Börse zu schaden und um der Ueberspeculation hindernd in den Weg zu treten. Ich muß bei dieser Gelegenheit bemerken: Es giebt geistreiche Männer, die die Gewandtheit haben, durch Klarheit des Ausdrucks und durch beredten Vortrag gewisse Gründe mit der Geschicklichkeit zu werfen, daß man schließlich nicht mehr sieht, ob mit drei Klugeln geworfen wird oder mit einer. Ich habe immer die große Sorge, daß in derartigen rein sachlichen und sachlichen Dingen die Geschicklichkeit eine Rolle spielt, die mehr wirkt als die Sachlichkeit. Und gerade wir, die wir dem Handelsstande an-gehören, leiden darunter.

Es liegt in der ganzen Erziehung, die wir im Handelsstande gewöhnlich genießen, daß wir den Vorzug der Dialektik nicht haben, die den Juristen eigen ist, — ich darf das offen sagen, weil ich selbst eine Art von Mischung zwischen beiden bin, trotzdem bleibt der Satz richtig; und es ist gut, wenn einmal Jemand kommt, der auch in diesen sachlichen Gründen mit juristischer Schärfe aufzutreten und irrige Gründe nachzuweisen vermag. (Weiterleut. Sehr gut!) So war es ein unrichtiger Grund, der gestern geltend gemacht wurde, es sei ein schweres Verbrechen, welches zum größten Theil der Discontinuirung zur Last falle, daß man es durch die Erleichterung der Mittelschaffung bewirkt habe, daß Frankreich uns seine schlechten Effecten an den Kopf geworfen. Ich komme hier zu einem vielfach berührten Punkte. Wenn Schwierigkeiten der Ausgleichung der Handelsbilanz zwischen zwei großen Nationen eintreten, ist es für diejenige, die politisches Unglück betroffen hat, ein wahrer Segen, wenn sie sich im Besitze von Austauschmitteln befindet, die Geldwerth haben. In dieser glücklichen Lage befand sich Frankreich nach dem Kriege. Es ist richtig, wenn gestern gesagt worden ist, es sei viel in Wechseln bezahlt worden, aber die Franzosen haben die Wechsel doch auch kaufen müssen, und ein Theil der Wechselbedeckung bestand allerdings aus

Effecten, die aus Frankreich kamen. Es waren großentheils Lombardische Staatsbahn-Prioritäten, italienische Renten und Tabak-Obligationen, United-States-Bonds, wenn ich mich recht erinnere, auch Prioritäten der österreichischen Staatsbahnen. Alle diese sogenannten schlechten Papiere, die uns Frankreich an den Kopf geworfen hat, stehen heute so gut, daß Jeder zufrieden sein könnte, wenn er vor dem Kriege sein Geld darin angelegt hätte. Ich komme nun zur Sache zurück. Die Schwankungen zwischen dem Maximum und Minimum der Preussischen Bank in Wechsel- und Lombardbeständen waren folgende: 1870 51 Mill. Thlr., 1871 38 Mill. Thlr., 1872 97 Mill. Thlr., 1873 72 Mill. Thlr., 1874 68 Mill. Thlr. Die Anlage ist vor Jahreschluß regelmäßig um 10 bis 15 Mill. Thlr. in einer Woche gestiegen, aber auch zu anderen Zeiten kamen Sprünge nicht selten vor.

Diese Zahlen ktern den Betrag dafür, daß die der Reichsbank zugestanden Mittel kaum ausreichen, um die kurzen Wechsel und die Schwankungen in der bisherigen Anlage der Preussischen Bank zu befriedigen. Für das regelmässige Discontogeschäft bleibt ein kaum noch nennenswerther Betrag übrig; noch weniger ist abzusehen, wie damit die Reichsbank ihre Geschäfte auf ganz Deutschland ausdehnen soll — und wie groß wird ihr Geschäftsgebiet in Zukunft sein? Das Geschäftsgebiet der Preussischen Bank umfaßt heute 26,333 573 Seelen, das d. r. Reichsbank wird 41 Millionen Seelen umfassen. Die Preussische Bank, wenn sie in eine Reichsbank umgewandelt wird, wird daher mit dem Notencontingent, welches wir ihr zusprechen, kaum das Gebiet ausreichend versehen, welches sie schon heute zu befriedigen hat. Nun höre ich, daß aus verschiedenen deutschen Städten schon Bitten an die Reichsregierung gelangt sind, Commanditen zu errichten, z. B. aus Leipzig. Dieses Anbringen um Niederlassungen der Preussischen Bank wird sich ganz im Verhältniß zu den Umständen steigern, die durch die Reduction des Contingents der kleineren Banken eintreten wird. Die Reichsbank wird nicht im Stande sein, diese Filialen zu errichten und wir werden in kurzer Zeit vor der großen Calamität stehen, daß unsere mühevollen Arbeit, ein Banksystem zu schaffen, das nach allen Seiten hin befriedigt, nur an der Ziffer scheitert. Es kann ja zugegeben werden, daß, so wie die Dinge in Deutschland liegen, der Gesetzentwurf ein geistreiches Werk ist, es kann denen, die den Entwurf machten, und denen, die ihn jetzt fertig stellten in der Commission, der Dank des Vaterlandes nicht versagt werden, soweit es sich um große Principien handelt. Es wäre mir unlieb, wenn der Dank in einer, wie mir scheint untergeordneten, aber für Handel und Industrie immerhin sehr wichtigen Frage verkümmert würde. Ich wünsche, daß ganz Deutschland mit Zufriedenheit auf dies Gesetzgebungswerk zurückzublicken vermöchte.

Ich habe nun noch ein Wort an die Abgeordneten aus Süddeutschland zu richten und bitte die Herren aus Norddeutschland, mir eine solche kleine particulärlistische Ader, wie ich sie zeige, nicht übel zu nehmen. Seien Sie, meine Herren aus Süddeutschland, bei Abgabe Ihres Votums vorsichtig! Es liegt in der Natur der Dinge, daß vorerst die Reichsant in den heutigen Grenzen stehen bleiben wird. Es wird keine Reichsregierung geben, die stark genug ist, Filialen ohne jede Dotirung zu errichten, wenn ihr der Reichsant-director beweist, daß die Nachfrage nach Discontingirungen, die berechnete Nachfrage so groß ist, daß die Errichtung weiterer Commandanten nicht geschehen kann, ohne die legitimen preussischen Interessen zu gefährden. Alle mit den Verhältnissen Vertrauten, wie der Herr Referent auch, wissen nicht, sondern glauben nur, wer in dieser Frage Recht hat, aber sie glauben es an der Hand von Ziffern, daß das Contingent nicht sehr viel weiter ausdehnen wird, als zur Befriedigung des bisherigen preussischen Gebietes. Wer wird dann der Verstrafe sein, wenn mir die Ziffer zu gering gegriffen haben? Wir in Süddeutschland werden es sein, weil die Errichtung von Filialen sehr langsam vom Centrum nach der Peripherie vorschreiten wird. Zunächst wird Sachsen drängen, dann Baden, und es wird eine große Frage sein, ob man diesen Drängern stattgeben kann, während die Noth in Süddeutschland sehr groß sein wird.

Als Belag dafür kann die Wechselstempelsteuer dienen, die, als Beweismittel mit Vorzicht und nicht mit verwerflicher Uebertreibung gebraucht, jedenfalls beweist, daß da, wo ihr Ertrag sehr steigt, Handel und Industrie in voller Entwidlung begriffen sind. Wo sie fällt, kann die Conjectur daran Schuld sein, vielleicht auch ein allgemeiner Rückgang. Nun sehen wir 1874 in ganz Norddeutschland einen Rückgang in dieser Steuer, ohne Zweifel weil große Störungen in den Coniuncturen eingetreten sind, nicht weil Handel und Industrie in ihren elementaren Bedingungen zurückgegangen sind; es werden einfach schlechte Geschäfte gemacht. Dagegen ist die Steuer, deren Ertrag im Allgemeinen in Norddeutschland höher ist, in Süddeutschland erheblich gestiegen, in Baiern um nahezu 10 Prozent, in Württemberg in ähnlichem Maße. Das beweist, daß durch die politische Stärke des Reichs auch eine Steigerung der Industrie eingetreten ist. In einem solchen Momente wäre eine Verringerung der Circulationsmittel eine Geschäftseröfnerung, besonders für uns in Süddeutschland, das die Reichsbank unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mit gleichem Maße meßen kann. Die als Grundlage für die Contingenturung berechnete Schlusssumme entnehme ich aus der ungedeckten Circulation der Preussischen Bank im Jahre 1874, in welchem die Gründungsperiode vorüber gewesen ist, und andererseits wegen der Störungen in Handel und Industrie ein geringeres Discontierungsbedürfnis, als sonst, bestand. Die Decemberrisum der Preussischen Bank beträgt über 74 Mill. Thaler, also ungefähr das, was nach der Vorlage das Contingent für ganz Deutschland sein soll. Ich glaube, daß Sie ohne Sorge dem Schwindel Vorlauf zu leisten, im Interesse der Industrie und des Handels die Beträge in meinem Antrage gut heißen können. Möge es uns gelingen, die großen Errungenschaften auf politischem Gebiete nicht zu compromittiren durch das, was wir auf volkswirtschaftlichem Gebiete durch unsere Legislative leisten. (Beifall.)

Bundes-Bevollmächtigter Staatsminister Camphausen: Meine Herren! über die Bedeutung der indirecten Confinementirung habe ich mich am 18. November ausgelassen und komme auf den Unterschied zwischen unserem Vorschlage und der Peel's Acte nicht mehr zurück. Nur einen damals als disputabel bezeichneten Punkt wünsche ich zu berühren, das ist die Höhe der unaebdelteten Noten.

Meine Herren! Die Geschäftswelt, die seiner Zeit d'un coeur léger sich für die Goldwährung ausgesprochen hat, scheint mir über alle Maßen erschreckt zu sein, nachdem die Folgen dieses Entschlusses an uns herantreten. (Sehr wahr!) Wer glaubt, daß wir uns heute in einer ängstlichen Besorgniß erzeugenden Lage befinden, hat sich vor Allem an die zu halten, die für Deutschland den Uebergang zur reinen Goldwährung empfohlen hatten (sehr wahr!), und das haben wir, die größte Majorität dieses Hauses und ich mit ihr gethan. Der Schritt war richtig, aber seinen Folgen haben wir ruhig und unbefangenen ins Auge zu fassen. Der Entschluß war nicht leicht für ein Reich wie Deutschland, das an allen seinen Grenzen von Staaten umgeben ist, in denen die metallische Basis der Goldwährung verlassen ist: von Rußland, von Oesterreich, von Italien, die in Zukunft mit Leichtigkeit unsere Goldbestände an sich ziehen können, wenn die Handelsbilanz sich irgendwie günstig für sie stellt, während es uns dagegen schwer fallen wird, unsere Bezahlung in Gold zu erhalten. Wir haben ferner Frankreich zum Nachbar, das bis zur Stunde die Doppelwährung aufrecht erhält und gerade in dem Augenblick, wo die eine Währung außerordentlich billig zu beziehen wäre, Halt gebietet und mit der Silberprägung nicht in dem Maße vorgeht, wie wir es bei der Fassung unseres Entschlusses haben unterstellen dürfen. Was sollen diese Bemerkungen belagen? Nichts, als daß es die Pflicht jedes Staatsmannes ist, der mit unbefangenen Blick diese Verhältnisse überfiehet, daß er Deutschland bei seinem Uebergang zur Goldwährung zur Vorsicht mahnt, daß er Deutschland mahnt, in Bezug auf die Notencirculation im Zweifelsfalle lieber den vorsichtigeren als den minder vorsichtigen Weg einzuschlagen.

Jetzt nehmen wir eine Reichsbank in Aussicht und wollen den Antheil der Reichsbank mit der Privatbank an dem Gesamtquantum der ungedeckten Noten feststellen. Bei dieser Feststellung waren sehr verschiedene Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Hätte ich ich ein weißes Blatt Papier vor mir, das ich mit Zahlen anfüllen dürfte, nicht nach Belieben, aber nach dem reinen, unbefangenen, sachverständigen Ermessen der Bedürfnisse der verschiedenen Bläse Deutschlands, dann leugne ich Ihnen nicht, daß ich den Antheil

der Reichsbank etwas höher und den der Privatbanken etwas niedriger normirt hätte. Immerhin aber glaube ich, daß die gegenwärtige Verteilung für die Reichsbank keine wesentlichen Nachteile haben wird. Wir sind bei dem Uebergang zur reinen Goldwährung in der Lage zu experimentieren, wir haben Niemanden, weder einen Handelskredit noch eine Bank, die irgend welche Erfahrungen darüber beibringen könnte, wie sich die Verhältnisse der Notencirculation von dem Augenblicke gestalten werden, wo an die Stelle des schwerfälligen, schwer verwerthbaren Silbers die Goldmünze treten wird. Sehen wir nun auf den Staat, der allein die Goldwährung zur Wahrheit gemacht hat, so nehmen wir wahr, daß man dort glaubt, mit größter Vorsicht den ungedeckten Notenumlauf in enge Schranken bannen zu müssen. Haben wir da nicht Ursache, auch für uns ein klein wenig Vorsicht nichtlich heißen zu wollen? Wir haben der preussischen der künftigen Reichsbank eine Summe von 250 Millionen Mark zugetheilt. Das Gesetz enthält ferner eine Bestimmung, wonach beim Ablauf von Privilegien der auf jene Banken fallende Antheil der Reichsbank accresciren soll; nach einer anderen Bestimmung darf die Reichsbank Abkommen wegen Ueberlassung ihres Notenrechts treffen; nach einer anderen ferner soll von allen Banken eine Steuer von 1 pCt. erhoben werden. Alles dies würde wesentlich dazu beitragen, die Reueigung der Privatbanken auf ihr Notenrecht zu verzichten, herbeizuführen. Was diese Bestimmung selbst betrifft, so weist der Commissionsbericht aus, daß sie zuerst mit Majorität Annahme fand und demnach mit der Majorität von einer Stimme abgelehnt worden ist und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil in dieser Anordnung doch nur eine überwiegend fiskalische Maßregel erblickt wurde.

Ich muß Ihnen nun mittheilen, daß ich, der ich in dem Rufe stehe und auch den Beruf habe, die Interessen der Gesamtheit gegenüber den Privatinteressen zu verteidigen, längere Zeit hindurch davon abgerathen habe, zu der Steuer von 1 Procent zu übergehen, daß ich erst in Folge eingehender Erwägung der in Betracht zu ziehenden Momente mich entschlossen habe, Ihnen den Vorschlag der einprocentigen Besteuerung zu machen. Der Vertreter der verbündeten Regierungen hat in der Commission erklärt, wenn der Reichstag auf diesen Vorschlag nicht eingehen wolle, dann nehme er an, daß dadurch der ganze Gesetzesentwurf nicht zum Scheitern gelangen werde. Dieser Erklärung kann ich mich, was meine Person betrifft, wenn in der That die einprocentige Steuer der einzige Differenzpunkt zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage sein sollte, vollständig anschließen; aber ich schreibe dem Reichstage die Verantwortung dafür zu, wenn diese wirtschaftlich verstandene Maßregel unterbleibt und ich werde es nicht unterlassen, mag ich auch auf die Neue in den Ruf der Fiscalität kommen, Ihnen die Gründe anzuführen, die für eine solche Besteuerung sprechen. Einmal ist eine solche Steuer nichts Ungewöhnliches; im Gegentheil, beinahe alle Staaten sind darauf hingewiesen worden, daß sie, wenn sie die gewöhnlichen Wechsel mit einer Wechselstempelsteuer belegten, diese privilegierten Wechsel, die in den ungedeckten Noten ausgegeben werden, von der Steuer nicht frei ließen. Durch das Wegreichen der Steuer steigern Sie sehr die Gefahren, die sich an das noch festzustellende Notencontingent knüpfen, denn Sie nehmen damit eine Schranke hinweg, die die Privatbanken davon abhalten könnte, ihr Notenprivilegium bis zur äußersten Grenze auszunutzen. Ich werde auch nicht dazu raten, das Gesetz an diesem Punkte scheitern zu lassen, ich erkläre aber zugleich, daß allein der Reichstag es ist, der die Verantwortlichkeit dafür übernehmen muß; die verbündeten Regierungen sind von ihrem Vorschlage nicht zurückgetreten.

Nun bitte ich Sie, sich vor Allem zu vergegenwärtigen, daß die Zahl, die wir für den Umfang des ungedeckten Notenrechts wählen, nicht von unserem reinen Belieben abhängt, daß wir nicht etwa in der Lage sind, ein großmüthiges Geschenk durch die Erhöhung dieser Summen machen zu können, sondern daß jeder noch so kleine Betrag, den wir dem verständig ermittelten Notenbetrag hinzusetzen, die Gefahren der Goldwährung steigert. Wären wir in der Lage, mit einem Zauberschlag uns in die Situation versetzen zu dürfen, wo die Goldwährung in ihrem vollen Umfange bestünde, dann würde das Quantum ungedeckter Noten bei unseren Banken beträchtlich niedriger sein, als wir es in Aussicht nehmen; wohl verstanden, wenn die vollen Folgen der neuen Goldwährung eingetreten sein werden. Dazu gehört also, daß die Banknoten die Dienste, die sie bis jetzt als eigentliches Papiergeld verrichtet haben, nicht mehr verrichten dürfen; ferner, daß die Einlösungspflicht mit voller Strenge gehandhabt wird; ferner, daß wir uns nicht in den Sinn kommen lassen, bei Zahlungen, die wir in das Ausland zu machen haben, immer in einen schweren Stöße zu verfallen, wenn wir sie mit dem Metallgeld, das bei uns die Function des Geldes wahrzunehmen hat, auch wirklich zahlen müssen, daß wir also nicht, wie vor Kurzem geschehen, ein gewaltiges Geschrei darüber erheben, wenn einige Millionen ins Ausland gehen. (Sehr richtig!) Sehen Sie die Verhältnisse der Bank von England, des eigentlichen Weltmarktes an; da vergeht kein Tag, wo Ihnen nicht gesagt wird: heute geht nach Brasilien so und so viel Gold, dort hin so viel. Das Metallgeld thut nur seine Schuldigkeit. In diesen Zustand sollen und wollen wir auch gerathen. Wir werden unsere Nerven etwas abhärten müssen, wenn es heißt: morgen gehen 10 Millionen Thaler in Gold zum Land hinaus, aber die Bankverwaltungen werden erfahren, daß das bequeme Leben, das sie bisher gehabt haben, ein Ende erreicht hat. (Seiterleit und Zustimmung.) Sie werden erfahren, daß es nicht mehr angeht, sich zu guterletzt immer auf den Preßbengel zu verlassen und 20 Millionen Thaler Noten mehr zu drucken. Das ist vorbei! An jede Bank, an jede Privatbank kann in jedem Augenblicke das Verlangen herantreten: da sind so und so viel Noten, bitte um bares Geld — dann wird sie zuzusehen haben, ob sie für die Dritteldeckung noch den Stoff hat, und wenn er ihr ausgeht, geht ihr Privilegium verloren. (Sehr wahr!)

Wir werden erleben, wie die Bankverwaltungen in andere Stimmung kommen werden (Seiterleit), wenn sie dieses Gesetz werden anwenden müssen. Die Stimmung wird nicht bloß bei den Privatbanken eine andere werden müssen, auch bei der künftigen Reichsbank, und ich sehe den Augenblick kommen, wo die Reichsbank uns nachträglich ihren Dank votiren wird, daß wir sie davor bewahrt haben, daß allzu übertriebene Anforderungen an sie gestellt werden. Daß solche aber kommen werden, haben Sie das nicht aus der Rede des Vorredners entnommen? (Seiterleit.) Haben Sie nicht daraus entnommen, daß, während wir bei der Distribution Süddeutschland in kaum verantwortlicher Weise berücksichtigt haben (Zustimmung), wir schon heute die Hinzubehaltung erhalten, es möchte für Süddeutschland nicht genug geschehen. Da wird der Zeitpunkt kommen, wo die Bankverwaltung uns Dank wissen wird, daß wir mit richtiger Würdigung der Verhältnisse ihr eine engere Schranke ziehen wollten, als heute zum Theil gewünscht wird. Die Ziffer im Einzelnen zu begründen — darauf lasse ich mich nicht ein, alle uns vorgeführten Rechnungen führen zu einem festen Ziele doch nicht. Es ist auch ein unrichtiges Verlangen der Vertreter von Handel und Industrie, wie sie glauben, daß wir über die Schwierigkeiten ihrer Lage ihnen hinweghelfen würden, wenn wir dem jetzt vertretenen Wunsche nachgäben. Handel und Industrie leiden in diesem Augenblicke schwer; die Ursache liegt meiner Ansicht nach in der Verschiebung der Preisverhältnisse, die eingetreten war und die dahin strebt, in ein richtiges Geleise zurückzugelenken. Die Krise wird so lange fortauern, bis daß die gefundenen Rettungsmittel in dieser Hinsicht ergriffen werden. Diese Rettungsmittel liegen vor Allem darin, daß die Industrie wohlfeiler zu produciren lerne. (Lebhaft Zustimmung.) Wir werden aber wohlfeiler produciren, wenn wir anfangen, fleißiger, sparsamer, wirtschaftlicher zu werden. Es ist ja ganz unzweifelhaft, daß im Gebiete der industriellen Unternehmungen Rückschlüsse eintreten, für die Sie die Einzelnen nicht immer verantwortlich machen können.

Wenn vor ganz Kurzem eine große Panik in den Eisenbahnpapieren eingetreten ist, wo liegt der Grund dazu? Er liegt darin, daß man sich hat verlesen lassen, die Grundzüge der Sparankheit nicht mit dem gehörigen Nachdruck zu wahren (Sehr richtig), weil die Anforderungen wegen großer Bauten dem Publikum plötzlich klar werden und damit zugleich, daß das Gerücht der Bahnen Einbuße erleidet. Und was wird der Erfolg dieser Erkenntnis sein müssen? Sie wird dahin gehen: in Zukunft diese Dinge wieder um schärfer ins Auge zu fassen, als wie es bisher geschehen ist. Es wird sich — ich spreche das unterhoben aus — für Deutschland die Nothwendigkeit ergeben, mit einer andern Regulirung der Arbeitslöhne vorzugehen, die Anforderungen an die Arbeiter zu steigern, um den Lohn nicht zu erhöhen, sondern in manchen Fällen herabzusetzen. Ich sehe das als eine unerwünschte Folge ein, aber ich glaube, wir thun in allen Kreisen wohl, wenn wir diese Consequenz einer besseren Gestaltung unserer Zukunft nicht übersehen. Wenn wir aber die gegenwärtig gedrückte Lage von Handel und Industrie ins Auge fassen, würden wir dann wohl thun, Hoffnungen zu nähren, die sich später nicht erfüllen können? W. S., Sie können die Ziffer der uncontentirten Noten erhöhen oder nicht, Sie werden dadurch die Consequenzen, die der Uebergang zur Goldwährung notwendig mit sich führen muß, nicht ändern; was Sie ändern werden, das wäre, daß man mit einem gewissen Leichtsinne sich der Hoffnung überlasse, daß bei der Gestaltung des neuen Verhältnisses eben die höheren Zahlen zur Anwendung kommen können. Und nun, um noch ein Wort über die Zahl sowohl bezüglich des Contingents der Reichsbank als der für alle Banken bewilligten Gesamtsumme zu sagen: Wenn wir uns einmal vergegenwärtigen, was wir eigentlich thun, so will ich nur daran erinnern, daß in diesem Augenblicke der ungedeckte Notenumlauf der Englischen Bank ziemlich erheblich hinter vier Millionen Pfund Sterling zu-

rückbleibt, daß dieser ungedeckte Notenumlauf der Englischen Bank in diesem Augenblicke lange noch nicht ein Drittel der Summe erreicht, die wir der Reichsbank allein zuteilen wollen (Hört! Hört!), daß er also, da auf die übrigen Banken 130 Millionen Mark noch weiter entfallen sollen, noch sehr viel weiter hinter diesem Betrag zurückbleibt. Wenn ich in Bezug auf die Notencontingentirung mein eigenes Urtheil aussprechen soll, dann sage ich Ihnen, ich habe große Beforgnisse, ob die Summe nicht zu hoch gegriffen ist. (Sehr richtig.) Ich habe keine Beforgnisse, daß sie hinter dem Bedürfnisse zurückbleibt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Georgi befragt vorerst, daß er mit seiner Bank in Verbindung stehe, daß ihm die Banken an und für sich vollständig gleichgültig seien: in den Noten sieht er eine Anspannung der Volksträfte, eine Dehnung der Volkswirtschaft, die aber ihre Grenzen hat. Er ist deshalb auch kein Anhänger der unbegrenzten Banknotenfreiheit. Es ist nun sehr schwierig, eine feste Grenze zu bemessen, bis zu welcher die Volksträfte angepannt werden können. Die Noten machen ja noch kein Capital, aber sie helfen mit dem vorhandenen Capital wirtschaftlich haushalten. Es ist sehr zweifelhaft, ob die neue Doctrin der Contingentirung in das praktische Leben eingeführt werden kann, ohne eine große Schädigung der Banken, die nach einem andern System gegründet sind. Jetzt sollen sie nun sich einer neuen Doctrin anbequemen und auch die Industrie soll sich mit diesem Umschlage der theoretischen Ansichten zufrieden geben. Der jetzige Zeitpunkt ist überhaupt nicht sehr geeignet zum Erlaß eines Bankgesetzes, und wenn auch vom Finanzminister gerathen ist, die gefundenen Rettungsmittel zu gebrauchen, so ist doch nicht zu vergessen, daß man bei einer solchen Anwendung selbst dieser gefundenen Rettungsmittel nicht zur Heilung kommt, sondern nur den Ausbruch der Krisis beschleunigt. Es sieht allerdings Leute, die da sagen, ein früherer früherer Krach ist besser, als das fortwährende Einschleppen in den jetzigen Verhältnissen. Redner fährt dann aus, daß die sächsischen industriellen Verhältnisse eine exceptionelle Berücksichtigung verdienen. Redner referirt dann noch im Auftrage der Petitionscommission über eine per Telegramm eingegangene Petition der Handelskammer zu Breslau, welche eine Erhöhung des Contingents der Reichsbank um 50 Millionen Mark beantragt; und über eine Petition der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, die empfehlen, den ungedeckten Notenumlauf auf 630 Millionen Mark festzusetzen, und diesen Betrag in jedem Jahre um 50 Millionen Mark zu reduciren, bis man auf den im Gesetz festgestellten Betrag von 385 Millionen gekommen ist.

Abg. Schröder (Lippstadt) spricht sich gegen die Erhöhung des Contingents aus, weil dieselbe für den Verkehr kein unabweisbares Bedürfnis ist; man solle überhaupt nur mit dem Betriebscapital arbeiten, was man hat, nicht mit dem, was man sich borgt und zwar in der allergefährlichsten Form einer schwebenden Schuld, die täglich eingefordert werden kann. Jedenfalls ist es nicht zu billigen, daß man der Reichsbank noch den Notenbetrag der eingehenden Banken zulegt, weil damit die Berechtigung der Notenausgabe für die Reichsbank eine den gefundenen Verkehr schädigende Höhe erreichen würde.

Abg. Adernann hält ebenfalls die gegenwärtige Zeit zur Einführung eines Bankgesetzes für durchaus ungeeignet, weil es in der Zeit der Creditlosigkeit und einer ungünstigen Handelsbilanz gegen die Gewohnheiten des Handels anstößt und mit ihnen experimentirt. Die Privatbanken werden an und für sich schon neben der Reichsbank ein mühsames Leben haben und wenn man ihnen noch den Notenbetrag kürzt, so werden sie sich gar nicht mehr halten können. Wenn nach diesem Gesetze die Privatbanken Noten ausgeben, so kann die Reichsbank bald darauf die Noten, welche bei ihr eingehen, zur Einlösung präsentieren; wird dies ein paar Wochen fortgesetzt, so ist die Existenz der Privatbanken so gut wie vernichtet. Die 5procentige Steuer ist, wenn nicht dem Namen, jedoch dem Wesen nach ein Verbot der Ueberkreitung des Contingents. Jedenfalls reicht aber das Contingent der sächsischen Banken für ihren Geschäftskreis nicht aus, denn die sächsischen Gebietsheile sind zu einem so bedeutenden Theile der Industrie gewidmet, daß für diese ganz besonderen Ausnahmeverhältnisse auch die Creditverhältnisse ausnahmsweise bedacht werden müssen. Gerade die Bestimmungen dieses Gesetzes haben in Sachsen vielfache Mißbilligung hervorgerufen, und schon aus diesem Grunde wäre eine weitere Berücksichtigung Sachsens angemessen.

Abg. v. Biegeleben empfiehlt die Annahme der Commissionsvorlage; die 5procentige Steuer erscheint ihm gar nicht als eine Steuer, sondern lediglich als eine Schranke, die im öffentlichen Interesse gezogen ist und die nur im äußersten Nothfalle durchbrochen werden wird.

Damit schließt die Discussion über Article 1 des § 9 und wendet sich dem Article 2 zu, welches vorschreibt, daß der Antheil der Privatbanken an den ungedeckten Notencirculation im Falle ihres Erlösens der Reichsbank zu wachsen soll. Diese Bestimmung hat Abg. Rohland beantragt in erster Reihe ganz zu streichen, eventuell der Reichsbank nur die Hälfte des Zuwachses zuzuwenden. Abg. Parisius beantragt ebenfalls die Zuzueilung der Hälfte.

Abg. Richter (Hagen): Die Beforgnisse des Finanzministers, daß die Contingentirungsziffer vielleicht zu hoch gegriffen sei, theile ich vollständig. Gerade deshalb müssen wir die Möglichkeit in der Hand behalten, die Noten zu vermindern und diese Möglichkeit gewährt uns der Antrag des Abg. Rohland. Der Finanzminister erwähnte mit Recht, daß Niemand, kein Handelskredit und kein Banquier jezt schon sagen kann, wie nach der Einführung der Goldwährung sich das Notenbedürfnis herausstellen wird. Wir experimentiren in der That. Die kleinen Noten sollen weg, es wird die Verpflichtung zur gegenseitigen Annahme herbeigeführt, kurz die ganze Notencirculation kommt auf eine andere Basis. Außerdem hängt das Bedürfnis an Noten nicht bloß von der Zahl der Noten ab, sondern die Bedeutung der Zahl modificirt sich je nach der Circulationsfähigkeit der einzelnen Note. Wenn eine Privatbank sich in eine Reichsbank verwandelt, so erhält sie eine größere Circulationsfähigkeit; es ist also unter dieser Voraussetzung möglich, auch mit einem kleineren Notenbetrage auszukommen. Wenn eine Reichsbank eingetht, so ist es ja möglich, die Reichsbank für den ausfallenden Notenbetrag accresciren zu lassen und diese Frage will ich eben jezt noch nicht definitiv entschieden haben. Durch das Accrescenzrecht wird der Reichsbankactionären ein unbestimmter Wechsel in den Kauf gegeben, der unter Umständen einen sehr großen Werth für sie gewinnen kann. Warum sollen wir uns die Möglichkeit verschaffen, in Falle des Accrescenzrechts die Actionäre werthvoll ist, ihnen günstigere Bedingungen für die Reichsbank aufzulegen, als sie in diesem Gesetze enthalten sind? Wir sollten in diesem Gesetze nicht mehr reguliren, als zur Zeit notwendig ist, und Alles, was wir im Augenblicke noch nicht vollständig übersehen können, der Zukunft überlassen. Ich bitte Sie, den Antrag Rohland anzunehmen.

Präsident Delbrück: Ich bin ermächtigt auszusprechen, daß der Herr Finanzminister bei seiner vom Vorredner erwähnten Aeußerung den vorliegenden Fall nicht im Auge gehabt hat. Das ergibt sich auch einfach aus der Tragweite des zweiten Absatzes. In Bezug auf die nächsten 15 Jahre stellt sich das Verhältniß so, daß im Laufe dieser Jahre 13 oder 14 Bankprivilegien aufhören und zwar mit einem gesammten Notencontingent von, je nachdem man rechnet, 28 oder 38 Millionen Mark. Hiermit ist zunächst die vorliegende Frage auf das richtige Maß der Zahlen zurückgeführt. Es handelt sich den Bankactionären gegenüber um ein ganz bestimmtes Maximum der Zahl. Was hieran unbestimmt ist, liegt auf einer anderen Seite, nämlich darin, daß es ja keineswegs ausgeschlossen ist, daß durch ein Reichsgesetz die Lebensdauer einer der in den nächsten 15 Jahren zu erlöschenden Banken zu verlängern. Ich will diese Eventualität auf sich beruhen lassen, und einfach an die genannten Zahlen halten, und da wird man doch ohne Weiteres zugeben müssen, daß die Frage, ob das Notencontingent im Laufe der nächsten 15 Jahre ganz allmählig um 28 oder im nächsten Falle um 38 Millionen Mark vermindert wird, hier von ganz und gar keiner Bedeutung sein kann. Es liegt nichts vor, was uns zu dieser Unterstellung veranlassen könnte, daß im Laufe der nächsten 15 Jahre bei dem doch immerhin vorauszuweisenden Aufschwung derjenigen Geschäfte, zu deren Vermittelung die Banken verhandeln sind, eine Verminderung des jezt für notwendig erachteten Notencontingents nötig werden könnte. Hierzu kommt noch folgendes: Zufälliger Weise sind von den 18 oder 15 Banken, um die es sich bei dieser Bestimmung handelt, 12 oder 13 Banken solche, die ausschließlich Norddeutschland angehören. Wir haben ja bei Aufstellung der Contingentziffer zugleich die verschiedenen Verhältnisse und Bedürfnisse in den verschiedenen Theilen Deutschlands zu berücksichtigen, und da spricht ein bloßer Blick auf die Contingentziffer dafür, daß keine Veranlassung vorhanden ist, diejenigen Notenemissionsbefugnisse, welche für Norddeutschland festgestellt sind, im Laufe der nächsten Zeit zu verringern. Ich kann daher nur bitten, den Antrag Rohland nicht anzunehmen.

Abg. Lasker: Für mich hat der Antrag die ungedeckten Noten zu vermindern, ursprünglich etwas sehr sympathisches, dennoch habe ich in der Commission beidermal gegen den Antrag Rohland gestimmt und bitte das Haus auch heute, denselben abzulehnen. Wir haben keinen Grund, die Höhe des ungedeckten Notenumlaufes von einem bloßen Zufall, nämlich von der zufälligen Erlösung eines Bankprivilegiums abhängen zu lassen, sondern wenn wir einmal eine bestimmte Contingentshöhe haben, so müssen wir diese im Interesse des Handels und der Industrie auch festhalten.

Abg. Windthorst: Der Vorredner hat von seinem Standpunkte aus vollkommen Recht. Jeder, der die Reichsbank monopolisiren will, muß den Antrag Rohland verworfen. Ich aber gehöre nicht zu diesen. Ich will gerade im Interesse der kleineren und mittleren Besitzer die kleineren Banken

lebensfähig erhalten. Für die kleineren Leute und auch für die Grundbesitzer zum großen Theile sind die kleinen Banken eine wahre Wohltat. Die Reichsbank wird in erster Linie immer dem großen Geldverkehr und den Bedürfnissen des Großcapitals dienen. Die politische Seite der Sache, daß man nämlich die Reichsbank zu politischen Zwecken ausnützen könnte, um einer ganzen Reihe von Leuten, die politisch mißliebige sind, den Credit zu erschweren, diese Seite will ich nur ganz nebenbei berühren. Ich bitte Sie, das Amendement Rohland anzunehmen.

Abg. Rohland: Das ganze Gesetz geht von dem Grundsatz aus, daß die ungedeckte Note ein sehr gefährliches Umlaufsmittel ist. Ist dies richtig, so müssen Sie auch die Consequenzen dieses Satzes annehmen. Unsere industriellen Verhältnisse sind nicht etwa wegen des zu schweren, sondern gerade wegen des zu leichten Credits in die gegenwärtige traurige Lage hineingekommen. Wenn eine Bank mit diesem Gesetze nicht existiren kann, so hat sie eben ihre Lebensfähigkeit nachgewiesen; dann müssen wir nicht etwa die Todten wieder erwecken und eine Krankheit, die ihr naturgemäßes Ende gefunden, gleichsam der ganzen Reichsbank einimpfen wollen dadurch, daß wir die ungedeckten Noten dieser erlöschenden Bank der Reichsbank zuweisen.

Abg. v. Kardorff: Wenn der Vorredner die ungedeckte Note für so gefährlich hält, so weise ich ihn darauf hin, daß wir eins der allergefährlichsten und allerschlechtesten ungedeckten Papiere besitzen, die es geben kann, das ist das Reichsbankpapiergeld. Zur Befestigung seiner Beforgnisse kann ich ihm daher nur empfehlen, den Antrag auf Einziehung dieses ungedeckten Reichsbankpapiergeldes zu stellen.

Referent Abg. Dr. Bamberger: Ich muß auch heute noch Namens der Mehrheit der Commission bitten, in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen bei dem Article 2 ihrer Beschlüsse zu beharren. Am meisten war ich erstaunt, daß der Abg. Richter sich zur Unterstützung seiner These auf die Aussage des preussischen Finanzministers berufen hat. Ich selbst gedachte, für meine These mich auf dieselbe Autorität zu berufen, daß ich mit ihm in dem Wunsche übereinstimme, bezüglich der Contingentirungsziffer mehr auf die Seite der Reichsbank und weniger auf die der Privatbanken zu verlegen, im Zweifel also, der Reichsbank eine größere Ausgabe von ungedeckten Noten und den Privatbanken weniger zuzuwenden. Der Abg. Richter aber sagt ferner: warum wollen wir denn dem vorgreifen, daß wenn eine Landesbank eingetht, sie an die anderen Landesbanken fällt, vielleicht kann auch das System sich als ersprießlich zeigen. Wissen Sie, auf welchen schönen Weg wir dann hinauskommen? — Daß wir vielleicht zwei Reichsbanken bekämen, daß die verschiedenen Landesbanken sich untereinander verbanden, eine zweite Reichsbank zu machen und daß wir einen Kaiser und einen Gegenkaiser im Reiche des Verkehrs bei uns hätten. Dies System würde wohl von Niemandem zu wünschen sein. — Ich darf übrigens aufführen, daß dasjenige Land, welches nicht allzu centralisirt und monopolistisch Richtung angelegt werden kann, nämlich England, in seiner Bankreform genau denselben Weg betreten hat, nämlich, daß es ebenfalls die Noten der Centralbank, der englischen Bank in London accresciren läßt. — Nun hat der Abg. Windthorst für seinen Gesichtspunkt angeführt, daß er überhaupt ein Gegner des Bankmonopols sei und die Vertheiliger der Accrescenz als Vertheidiger des Bankmonopols überhaupt betrachten müsse. Ich meine aber, man kann für jezt ein Gegner des Monopols sein aus Achtung vor wohlverordneten Rechten, aber etwas ganz anderes ist es, vom gesetzgeberischen Standpunkte aus ein Anhänger einer einzigen Bank zu sein und da behaupte ich, daß sowohl in der Praxis der europäischen Staaten, als in der Doctrin kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber herrscht, daß ein centralisirtes, für ein ganzes Land einheitlich durchgeführtes Banksystem schon aus dem einfachen Grunde entschiedenem Vorzug verdient, weil, wenn man schon die Münzhoheit auf einen Punkt zu reduciren sich veranlaßt fühlt, für dasjenige, was man eine fiduciäre Münze nennt, dieser Grundsatz noch vielmehr durchschlagend muß.

Wenn der Abg. Windthorst glaubt, daß die „Privatinteressen des kleinen Mannes“, mit denen man ja immer die Herzen so leicht zu rühren glaubt, auch bei den kleinen Banken besser gewahrt seien, als bei den großen, so antworte ich: die kleinen sind bei den großen sehr oft viel besser gewahrt, wie das auch im Staatsleben der Fall zu sein pflegt. (Sehr gut!) Die kleinen Banken gingen mit ihren Noten an die großen Plätze haufen, machten dort Geschäfte und verwahrlosten ihre häuslichen Interessen, während die Preussische Bank überall mehr die Interessen des soliden Geschäfts und des kleinen Mannes im Auge hatte. (Sehr richtig!) Herr Abg. Rohland meinte, wir müßten seinem Antrage beipflichten, weil durch eine ungebührliche Protection mittelst Banknoten eine schädliche Ueberfütterung der Industrie herbeigeführt worden sei. Wer aber hat sich denn das mehr zu Schulden kommen lassen, die Privatbanken oder die Preussische Bank? Von wem kommt denn jezt der Schrei, daß man die Industrie ruinire, wenn man die Noten beschränkt? Die Commissionsmitglieder haben erst gestern ein Privattelegramm bekommen in den fulminantesten Ausdrücken, daß man die Industrie des ganzen Landes ruinire, wenn man einer speciellen Bank nicht gewisse Concessionen mache. Ja, meine Herren, die kleinen Banken waren es, die das falsche Princip in unser Land gebracht haben, das ich auf das Höchste befrage und dem ich glücklicherweise, in diesem Gesetze den Krieg machen zu können, daß die Industrie jahraus, jahrein mit ungedeckten Banknoten betriebe werden müsse. Die ungedeckte Banknote ist keineswegs berufen, die Kleinindustrie zu stützen. Wenn ich die Wahl habe, ob die Notenausgabe bei einer Privat- oder der Reichsbank sein soll, dann habe ich gar keinen Zweifel und ich hoffe, das Haus wird in demselben Sinne entscheiden. (Beifall.)

Endlich kann das Haus zur Abstimmung schreiben, nachdem es den von seinem Präsidenten aufgestellten sehr complicirten Aufbau der Fragestellung allseitig approbirt hat. Das Resultat von zehn Abstimmungen ist die fast einstimmige Annahme der Commissionsvorlage § 9 b. h. der Feststellung des ungedeckten Notenumlaufes auf 385 Millionen, des Wegfalls der einprocentigen Steuer für diesen Betrag, der Erhebung einer 5procentigen Steuer für die darüber hinausgehende ungedeckte Notenemission und der Bestimmung, daß der Antheil der Privatbanken an den ungedeckten Noten im Falle ihres Erlösens der Reichsbank zu wachsen soll.

Von den abgelehnten Anträgen sei der des Abg. Tellkamp auf Herstellung der vollen Metalldeckung nach Ablauf von 10 Jahren nur deshalb erwähnt, weil er den geringsten Beifall fand, nämlich den des Antragstellers und des Abg. von Lubwig, und im Gegensaße dazu der Antrag von Denzins auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage (380 Millionen ungedeckte Noten mit 1 Procent besteuert), der, wie die Zählung ergibt, mit 160 gegen 116 Stimmen, also gegen eine sehr starke Minorität abgelehnt wird.

§ 10 bestimmt, daß zum Zweck der Feststellung der Steuer die Banken am 7., 15., 23. und letzten jeden Monats eine Uebersicht über den Barvorrath und den Notenumlauf einreichen müssen.

Abg. Dr. Heyne will sich in längerer Ausführung gegen die Steuer erklären, wird aber vom zweiten Vicepräsidenten Dr. Haenel darauf aufmerksam gemacht, daß die Frage der Steuer nicht mehr zur Discussion steht. § 10 wird darauf angenommen.

Zu § 11, welcher bestimmt, daß ausländische Banknoten oder sonstige auf den Inhaber lautende unzerstörliche Schuldverschreibungen ausländischer Corporationen u. s. w. innerhalb des Reichsgebietes nicht zur Zahlung gebraucht werden dürfen, bemerkt der Präsident Delbrück auf eine Anfrage des Abgeordneten Hoemer (Würtemberg), daß die Regierungen der Ansicht wären, daß in diesem dem öffentlichen Rechte angehörigen Gesetze eine privatrechtliche Bestimmung nicht enthalten sein solle, worauf der Abg. Lasker diese veränderte Ansicht mit Freuden begrüßt, weil die veränderte Regierungsvorlage eine solche allerdings enthielt, indem sie sagte: Wer dennoch in solchen Verträgen Zahlung leistet, wird dadurch von seiner Verbindlichkeit nicht befreit. Vertragmäßige Bestimmungen, welche diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig. — § 11 wird darauf angenommen.

Titel II. (§ 12–41) enthält die Vorschriften über die Reichsbank. § 12 wird ohne Debatte angenommen. — § 13 handelt von den Geschäften, die die Reichsbank betreiben kann; unter denselben befindet sich auch die Lombardirung ausländischer Papiere zu 50 Procent des Courswerthes; Abg. Cberly bittet um Ablehnung dieser Bestimmung, weil sie eine unnötige und sogar gefährliche Ausdehnung der Bankgeschäfte enthält. Abg. Sonnenmann bittet aber um Aufrechterhaltung derselben, weil sich herausgestellt habe, daß es in Krisen besser sei, wenn man ausländische Papiere in Händen habe und diese an fremden Wörtern verlaufen könne. Abg. Febr. v. Dücker schlägt sich dem an, indem er darauf hinweist, daß in Belgien eine ähnliche Bestimmung bestehe, die sich sehr gut bewährt habe. Nachdem sich der Referent Dr. Bamberger ebenfalls für Aufrechterhaltung der Bestimmung ausgesprochen, wurde § 13 mit derselben mit sehr großer Majorität angenommen.

Nach § 14, den die Commission eingefügt hat, ist die Reichsbank verpflichtet, Warrengold zum festen Satze von 1392 Mark für das Pfund sein gegen ihre Noten umzutauschen. Die Bank ist berechtigt, auf Kosten des Abgebers solches Gold durch die von ihr zu bezeichnenden Techniker prüfen und scheiden zu lassen.

Der Referent Dr. Bamberger charakterisirt den § 14 als eine unentbehrliche Ergänzung des Münzgesetzes, die er bei der Berathung desselben

seinerzeit vergeblich angestrebt habe und sich freudig an dieser Stelle nachholen zu können. Unsere Goldprägung wäre viel rascher vorgebracht, wenn sie durch das Privatpragerecht gefördert worden wäre. Die preussischen und norddeutschen Münzstätten hätten dies Interesse gewiss gefördert, die süddeutschen würden wohl Schwierigkeiten bereitet haben, wenn nicht zwingende Vorschriften vorlägen.

Präsident Delbrück ist mit dem § 14 einverstanden, bestreitet aber, daß mit Hilfe des Prägreredes der Privaten mehr Gold geprägt worden wäre, als im Auftrage der Regierungen geprägt worden ist, aus dem einfachen Grunde, weil die bis an die äußerste Grenze des Möglichen von den Regierungen beschafften Münzstätten Aufträge von Privaten unmöglich hätten effectuiren können.

Abg. v. Hoyerbed meinte, daß diese Bestimmung in kritischen Zeiten, wo es gerade auf den Besitz baarer Reserven ankomme, von bedeutenden Folgen sein könne, insofern die Bank genöthigt werden könnte, ihre Noten für Barrengold hinzugeben, um diese Noten gleich darauf mit baarem Golde einzulösen zu können.

Abg. Schröder (Lippstadt) hielt den § 14 für überflüssig und schädlich und bat um seine Ablehnung. In gewöhnlichen Zeiten wird man beim regelmäßigen Stande des Wechselcourses nicht in der Lage sein, Goldbarren zum Preise von 1392 Mark pro Pfund aus England und Frankreich zu beziehen. Nur in Ausnahmefällen, wo Gold billig wird, kann der Paragraph praktisch werden, aber die Reichsbank dabei nicht einen Pfennig profitieren, sie würde einfach in eine Societät mit den wenigen großen Häusern gebracht, welche jezt mit Barrengold handeln. Es wäre dies aber ein sog. Societas leonina, bei welcher die Bank schwerlich der Leo sein dürfte. (Heiterkeit.) Welches Interesse aber kann der Reichsbank haben, jenen Handelshäusern ihr Geschäft, das eine Zeit lang dauert und dann aufhört, durch die Vermittlung der Reichsbank noch zu erleichtern? Redner sucht an diesen Verhältnissen in einem sehr eingehenden Vortrage nachzuweisen, daß die Einführung der reinen Goldwährung ein Fehler gewesen, der noch gut gemacht werden sollte, denn, wie ein alter deutscher Kaiser sagt, quod male coeptum est, non potest mutasse.

Finanzminister Camphausen erinnert daran, daß er ein entschiedener Freund der reinen Goldwährung gewesen, aber es für richtig halte, das Privatpragerecht einer späteren Zeit vorzubehalten. Dem § 14 kann er nur zustimmen. Abg. Schröder müßte dessen Bedeutung vollkommen verkannt haben und wenn er das Geschäft mit Barren und gemünztem Golde dahin charakterisirt, daß es so lange dauere, bis es aufhört, so müßte er, der Minister, noch den Zug in diesem Bilde hinzufügen, daß es sehr bald aufhöre. (Heiterkeit.)

Anträge auf Vertagung sind wiederholt abgelehnt worden, aber das Haus folgt noch um 5½ Uhr mit ungetheilter Theilnahme und in bester Laune der Replik des Referenten v. Hammer gegen den letzten Redner. Sie schließt mit der Bitte, ihre Ausführlichkeit entschuldigen zu wollen; das Metell, mit dem der Referent am meisten hantierte, sei das Blei der Letztern oder das Silber der Rede; das Gold des Schweigens zu führen, daran verhinderten ihn Reden, wie die gehörten.

Nachdem § 14 genehmigt ist, verläßt das Haus um 5½ Uhr die Debatte über das Bankgesetz bis Mittwoch 11 Uhr.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die nächste Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses auf Montag, 1. Februar, Mittags 1 Uhr, angesetzt ist.

Berlin, 26. Januar. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat dem Consistorial- und Regierungs-Schulrath Buschmann zu Arnberg den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Hofprediger und Garnison-vorsteher Frommel zu Berlin und dem Betriebs-Inspector Redlich bei der Munitions-Fabrik zu Spandau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Secretär Carl Leopold Cuno in Potsdam den Charakter als Canzlei-Rath; dem praktischen Arzt Dr. Schütte zu Göttingen den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Oeconomie-Commissarius Becker zu Wülhausen den Titel „Oeconomie-Commissions-Rath“ verliehen.

Dem Fabrikanten Herrn H. A. Schuster zu Rehme-Deynhausen ist unter dem 23. Januar 1875 ein Patent auf einen Mechanismus, durch welchen Torpedos auf einer gewissen Tiefe unter dem Niveau des Wassers erhalten werden, auf drei Jahre erteilt worden.

Berlin, 26. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute im Beisein Sr. königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, commandirenden General des Garde-Corps, des Gouverneurs und des Commandanten der Stadt militärische Meldungen entgegen, empfangen den Polizeipräsidenten von Madai und Allerhöchstherrn Flügel-Adjutanten Obersten Fürsten Radziwill und hörten den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinetts, General von Albedyll.

Im königlichen Palais fand gestern ein Diner statt. — Beide kaiserliche Majestäten waren auf dem Balle Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Carl anwesend, und erschienen heute bei dem großen Diner des kaiserlich türkischen Botschafters. (Reichsanz.)

© Berlin, 26. Januar. [Zur Anerkennung Spaniens. — Die Provinzialordnung.] Die heutigen Abendblätter melden, daß der Bevollmächtigte der früheren spanischen Regierung, Graf Rascon vom Kaiser das Schreiben übergeben habe, in welchem König Alfonso von seiner Thronbesteigung Anzeige macht. Selbstverständlich ist durch Entgegennahme dieser Notification der Anerkennungs-Act noch nicht erfolgt, da Graf Rascon sich gegenwärtig in einer amtlich beglaubigten Stellung nicht befindet; die Anerkennung wird erst vollzogen werden durch eine Rückantwort des Kaisers und Beglaubigung eines diesseitigen Bevollmächtigten am Hofe des neuen Königs von Spanien. — Dem Landtag ist nunmehr der Entwurf einer Provinzial-Ordnung vorgelegt worden, derselbe ist begleitet von einem Wahrgesetz, den Motiven zu dem Entwurf, einer Denkschrift über die Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung des preussischen Staates und dem im vorigen Jahre bereits vorgelegten Entwurf einer Provinzial-Ordnung nebst Motiven. — Die Anlage dieses früheren Entwurfs erklärt sich daraus, daß für diejenigen Bestimmungen desselben, welche auch in den neuen Entwurf übergegangen sind, die damals geltend gemachten Motive auch jezt noch als maßgebend betrachtet werden, so daß in den Motiven des neuen Entwurfs nur die neuen Bestimmungen berücksichtigt werden. In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß zur Weiterführung des mit der Kreisordnung auf dem Gebiete der communalen und allgemeinen Landes-Verwaltung, zunächst für die alten Provinzen mit Ausnahme der Provinz Posen begonnenen Reformwerkes, es des Erlasses ähnlicher Gesetze auch für die übrigen Provinzen der Monarchie bedürfe, sobald der Erlaß von Provinzialordnungen, eines Gesetzes wegen Dotation der Provinzialverbände, endlich eines Gesetzes wegen Einsetzung von Verwaltungsgerichten außerhalb des Geltungsbereiches der Kreisordnung gedacht. Von diesen Gesetzen aber werde der Organismus der für die allgemeine Landesverwaltung bestehenden Staatsbehörden nahe berührt. Dies bezieht sich namentlich auf die Bezirksregierungen und dränge sich die Frage auf: ob dieselben in ihrer bisherigen collegialen Verfassung bestehen bleiben können. Die Denkschrift läßt daher die Grundzüge eines Reorganisationsplanes für die allgemeine Landesverwaltung des preussischen Staates folgen. Es ergibt sich daher, daß die Provinzial-Ordnung in Rücksicht auf ihren Zusammenhang mit dem Gesamt-Organismus der Staatsverwaltung einen ausreichenden Arbeitsstoff für eine lang ausgebehnte Session geben könnte. Inzwischen aber sind bereits mehrere Ergänzungsgesetze vorgelegt worden. Der Gesetz-Entwurf wegen Bildung der Provinz Berlin und der Gesetz-Entwurf wegen Verfassung der Verwaltungsgerichte, während der wichtige Gesetz-Entwurf wegen Dotation der Provinzial-Verbände bereits zur Allerhöchsten Genehmigung vorliegt. Jedemfalls wird das Abgeordnetenhause, sobald es nach Schluß des Reichstages seine Arbeiten aufnimmt, hinreichendes Material für dieselben vorfinden und dann wird sich in den Commissionsberatungen über die Prov.-Ordnung, welche zunächst nur für den Geltungs-

bereich der Kreisordnung vorgesehen ist, Anlaß zu Erörterungen wegen der weiteren Ausdehnung auch auf die westlichen Provinzen finden. Die Anlage und Deconomie des Entwurfs ist derart, daß er eine solche Ausdehnung ohne Schwierigkeit zulassen würde.

Schwerin, 26. Jan. [Aus dem Ministerium.] Es bestätigt sich, daß zum Chef des Finanzministeriums an Stelle des Staatsraths v. Müller, welchem auf wiederholtes Ansuchen seine Entlassung erteilt ist, der bisherige Gesandte in Berlin und Bevollmächtigter zum Bundesrath, Legationsrath v. Bülow, ernannt ist, dessen Posten durch den Justizrath v. Prollius in Schwerin wieder besetzt werden wird. Legationsrath v. Bülow wird zu Ostern sein neues Amt antreten.

Trier, 19. Januar. [Ausweisung.] Letzter Tage wurde der geperzte Vicar Bepauch von Pfalz bei Trier, der trotz erfolgter Ausweisung mehrmals wieder auf seine Stelle zurückgekehrt war, zum zweiten Male zwangsweise nach Ahr gebracht. Dabei wurde ihm zugleich eröffnet, daß er, wenn er nochmals zurückkehre, aus dem deutschen Bundesgebiete ausgewiesen werden und seine Reichsangehörigkeit verlieren würde.

Aus Baden, 23. Januar. [Professor Hitzig.] Nach Mittheilung der „Bad. Landes-Ztg.“ ist gestern der Geh. Kirchenrath Professor Dr. Hitzig in Heidelberg gestorben. Die Wissenschaft verliert in ihm einen ihrer treuesten und rüstigsten Arbeiter, die freie Theologie einen ihrer mutigsten und gewaltigsten Vorkämpfer, die Bibelforschung einen der gründlichsten, scharfsinnigsten Kritiker. Früher wirkte er 27 Jahre an der Hochschule in Zürich.

Straßburg, 22. Januar. [Der unlängst veröffentlichte Bericht des französischen Finanzministeriums über die Lage des Staatsschatzes zu Ende vorigen Jahres veranlaßt die „N. Mülh. Ztg.“ zu der Frage: Was würde Elsaß-Lothringen zu zahlen haben, wenn es heute noch französisch wäre? und was zählt es jezt, wo es sich im deutschen Reich befindet? Das Blatt kommt schließlich zu dem Resultate, daß die Reichsländer jezt 6,15 Fr. weniger zahlen als vor 1871 und sogar 26,75 Fr. weniger, als wenn sie bei Frankreich verblieben wären.

Provincial-Beitung.

H. Breslau, 26. Januar. [Protestanten-Berein.] Den gestrigen Vortrag hielt vor einem sehr zahlreichen Publikum Herr Senior Krebber. Derselbe sprach über materialistische und mechanische Weltanschauung. Der Materialismus, dem er reden wollte, führte der Redner aus, sei unbestritten einer der gefährlichsten Feinde der Religion und wenn die religiösen Parteien in ihrem Hader ihn vergessen und ihn sein Werk ruhig treiben lassen wollten, so würde eines Tages ihr Bau unerwartet unter ihnen zusammenbrechen und die kirchlichen Gegner in eine Grube sinken lassen. Seine Unterminirungen seien tief angelegt und er mit ihnen schon so weit gediehen, daß er sich offen an das Volk wende und seine Weisheit den Halbgelbten und Ungebildeten feilbiete. Das beste Mittel gegen die Art wie er in unserer Zeit auftritt, sei ihm nachzuweisen, wie viel er nicht wisse und wie viel sein Nichtwissen seine ganze Theorie auf unsicheren Boden stelle. Hiermit will Redner nur einen Anfang machen und in einem Ueberblick die Punkte zeigen, die ihm als besonders schwache Punkte in der materialistischen und mechanischen Weltanschauung erscheinen.

Kraft und Stoff, Leben, Bewußtsein, Selbstbewußtsein seien die Entwicklungsstufen in der Welt und es frage sich, wie erklärt sie der Materialismus und ist er im Stande, sie zu erklären? Jedem Redner in eingehender Betrachtung die Erklärung, welche die Materialisten von diesen Entwicklungsstufen geben, darlegt, zeigt er, daß wir trotz der großen auf lauter Rathseln wandeln, bei denen die materialistische Zurechtstellung überaus abgebrannt ist. Es werde eigentlich nichts erklärt, weder Bewegung noch die Verschiedenheit der Stoffe, noch viel weniger das Gesetz, das schon in den Stoffen sich findet, die materialistische Weltanschauung vermöge das Hervorgehen des Lebens aus dem Unorganischen nicht zu beweisen. Gehe man weiter vom Leben in der Natur zum Bewußtsein und zum Selbstbewußtsein, von der Pflanze zum Thiere und zum Menschen, so begegne man in der mechanischen Weltklärung den gleichen Theorien, die uns zwingen zu erklären, wir wissen nicht mechanisch zu erklären und werden es nie lernen.

— Wolschitz, 25. Januar. [Erfrorren. — Feuer.] Am 30. v. M. gingen Abends nach 11 Uhr drei polnische Schwärzer mit Spiritusflaschen beladen von hier aus quer über die Fesler nach Polen zu. Sie verirrt sich aber und gelangten nach vielem Hin- und Hergehen gegen Morgen an einen dem Aderbürgen B. Nawrothel gehörigen im freien Felde stehenden und mit fünf Fuhren Heu gefüllten Stall. Ganz ermattet zündeten sie sich im Stalle Feuer an, um sich vor dem Tode des Erfrierens zu retten. Die Stellung des Gebäudes gestattete der Luft überall freien Zutritt, die Flamme wurde stark angefaßt und die entkräfteten drei Schwärzer waren nicht im Stande, das Feuer zu stillen, welches hiernächst den Stall nebst seinem Inhalte einäscherte. Der Brand wurde, da der Stall ziemlich weit von der Stadt und durch Hügel gedeckt war, von den hiesigen Bewohnern erst spät wahrgenommen, so daß bei Ankunft einzelner Männer nicht mehr zu retten war. Von den Schwärzern wurde der Eine unweit des abgebrannten Stalles im Schnee liegend, bereits verstorben und erstorben aufgefunden, die beiden Anderen lagen an einem nahestehenden zweiten Heustalle in entkräftetem und halbthierischem Zustande. Den Vermuthungen des pract. Arztes Dr. Radzik gelang es, diese beiden in's Leben zurückzurufen, dagegen waren die Wiederbelebungsversuche an dem Ersteren, einem Stellenbesitzer Grochowina aus Mieniszow in Russisch-Polen erfolglos. Das abgebrannte Gebäude und der Inhalt repräsentiren einen Werth von etwa 200 Thaler, eine Versicherung gegen Feuergefahr hat nicht stattgefunden.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Wien, 26. Januar. Der Kaiser hat heute den päpstlichen Nuntius, Mgr. Jacobini, und den französischen Botschafter, Marquis d'Harcourt empfangen.

Proceß Dfenheim. Graf Borkowski, Mitglied des Verwaltungsrathes der Lemb.-Gzernowitzer Bahn, erklärt bei seiner heutigen Vernehmung, daß seine Entscheidung in Betreff der Schenkung der Provision vielleicht anders ausgefallen wäre, wenn er gewußt hätte, daß die Provision der Gesellschaft und nicht Dfenheim zugestanden worden sei. Der Staatsanwalt beantragt hierauf, sämmtliche Mitglieder des Verwaltungsraths nicht zu vereidigen. Der Vertheidiger des Angeklagten ist hiermit einverstanden. Der Zeuge Springmann, welcher Beamter bei Sigl ist, giebt an, er habe von dem Director der Ringhofer'schen Fabrik selbst gehört, daß diese Dfenheim eine Provision von 3 pCt. angeboten habe. Weizel, Generalrath der Anglo-bank, deponirt, daß Dfenheim bei jedem Geschäft der Anglo-bank theilhaftig war und hieraus einen Gewinn von Hunderttausenden gezogen habe.

Versailles, 26. Jan. Abends. Nationalversammlung. Der radicale Deputirte Rouvier interpellirt den Minister des Innern über die Auflösung des Municipalraths in Marseille. Der Minister rechtfertigt die Maßregeln der Regierung; es entspann sich eine lebhafteste Debatte, heftige Auftritte, mehrere Deputirte wurden zur Ordnung gerufen. Die Interpellation wurde schließlich vor der Abstimmung zurückgezogen. Zwei weitere Interpellationen über die Haltung des Präfekten in Marseille in den Municipalangelegenheiten wurden einen Monat vertagt. Morgen folgt die Berathung des Gesetzes, betreffs die Besteuerung der Zündhölzer.

Bern, 26. Januar. Der hiesige katholische Kirchengemeinderath hat den liberal-katholischen Professoren der Universität gestattet, gottesdienstliche Functionen in der katholischen Kirche ausüben zu dürfen.

Madrid, 26. Jan. Primo Rivera wurde zum Obercommandanten des zweiten Corps der Nordarmee ernannt. 600 Carlisten in der Provinz Castellon unterwarfen sich im Laufe des Januar.

Carlistische Ueberläufer aus Estella berichten: Don Carlos ließ mehrere des Einverständnisses mit dem Feinde angeklagte Offiziere und Unteroffiziere erschießen. Der Obercommandant der Nordarmee versprach allen Carlisten Amnestie, die vor dem 31. Januar die Waffen niederlegen.

Peralta, 26. Jan. Der König hielt in Farces eine Revue der Division Taparino ab und wurde von den Truppen und der Bevölkerung lebhaft begrüßt.

London, 26. Jan. Der „Hour“ zufolge hat Disraeli ein Schreiben an Gladstone gerichtet und darin sein lebhaftes Bedauern über dessen Entschluß, von der Führerschaft der liberalen Partei zurückzutreten, ausgedrückt. Wie die „Hour“ ferner wissen will, hätte Gladstone selbst dem Marquis von Hartington indirect als seinen Nachfolger an der Spitze der liberalen Partei anempfohlen.

Bright brachte bei einer gestern in Birmingham gehaltenen Rede gleichfalls Gladstone's Rücktritt zur Sprache und bezeichnete ihn als einen schweren Verlust für das Parlament und für die Nation. Im Uebrigen galt Bright's Rede einer Besprechung der Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung in Bezug auf die Patronatsverhältnisse in der schottischen Kirche und den religiösen Cultus. Bright kam dabei auch auf den inneren Zwiespalt in der anglicanischen Kirche und meinte, eine weitere Klärung würde für England und den Protestantismus unzweifelhaft eine große Wohlthat sein, nur dürfe dieselbe nicht durch heftige und gewaltsame Agitationen herbeigeführt werden.

Konstantinopel, 26. Januar. Der Commissar der türkischen Regierung, welcher den Verhandlungen des montenegrinischen Gerichtshofes in dem Proceß der an der Podgorizza-Affaire theilgenommenen montenegrinischen Unterthanen beiwohnen soll, ist heute ernannt worden. — Dem Vernehmen nach wird die türkische Regierung dem von der Commission von Scutari zu erhaltenden Berichte erst Folge geben, wenn das montenegrinische Tribunal sein Urtheil gesprochen hat.

*** [„Die Natur“] Zeitung zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse und Naturanschauung für Leser aller Stände, (Organ des Deutschen Humboldt-Vereins) herausgegeben von Dr. Otto Ule und Dr. Karl Müller von Halle. Halle, G. Schwetschke'scher Verlag.**

Nr. 5. Inhalt: Die Configuration der norddeutschen Ebene nach der Katastrophe von C. Sojarda. (Fortsetzung.) — Die Pfahlbauten und ihre Bewohner von Dr. Otto Ule. (Fortsetzung mit 2 Abbildungen.) — Wissenschaftliche Anstalten. — Literaturbericht. — Kleinere Mittheilungen.

Leipzig, 26. Jan. [Die Leipziger und Sächsische Bank] haben den Wechselbiscout auf 4½ pCt. herabgesetzt. Der Lombardzinsfuß bleibt unverändert 6 pCt.

© Paris, 23. Januar. [Börsenwoche.] Die Flauheit, mit welcher die Woche ohne plausiblen Grund begann, steigerte sich trotz der anhaltend starken Constant-Käufe von Tag zu Tag. Man ließ sich erst der seinerzeit erwähnten falschen Gerüchte vom Vorwand dienen, später war man über die Vorgänge in Versailles beunruhigt und so kam es, daß Rente am Donnerstag den Paricours verlor. Am Freitag, als man sah, daß die Verhandlungen in der Kammer einen unter den obwaltenden Umständen günstigen Verlauf nahmen, machte sich eine entschieden bessere Tendenz geltend, und ging Rente rasch bis auf ihren vorwöchentlichen Schlusscours, welcher letzteren sie auch nahezu schließlich behauptet. Die anderen Werthe haben sich den Bewegungen der Rente im allgemeinen nicht angeschlossen. Der größere Theil der Bankwerthe blieb stationär. Ausnahme macht Credit Mobilier, der auf Grund des Gerüchtes von seiner Fusion mit der Banque-Franco-Hollandaise in ausgedehnter Haufe ist. Bahnen sind fast durchgehend etwas niedriger, nur Orleans ist um Fr. 5 gestiegen. Oesterreichische Staatsbahn schließen ganz unverändert, Lombarden um Fr. 5 gebessert. Von ausländischen Fonds waren Italiener ziemlich schwach, schließen aber unverändert gegen vorigen Sonnabend. Türken waren entschieden flau und gingen bis 40,85 zurück; schließlich erholten sie sich aber, und gehen mit einer Einbuße von 75 Ct. aus dem Markte. Alle Ottomanischen Werthe waren ebenfalls flau.

Posen, 25. Januar. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne.] Wetter Regnerisch. — Roggen (pr. 1000 Kil.) geschäftlos. Rübungspr. 150 Mrt. Gefündet — Wpl. Januar 150 Mrt. B. Januar-Februar 150 B. Februar-März 150 bez. u. G. März-April 150 G. Frühjahr 150 bez. u. G. 151 B. April-Mai 150½ bez. u. G. Mai-Juni 151 G. Juni-Juli 152 G. Juli-August 150 B. — Spiritus (pr. 10,000 Liter %) behauptet. Gefündet — R. Rübungspreis 53 Mrt. Januar 53, 1 Mrt. bez. u. B. Februar 53, 4 bez. u. B. März 54, 1 bez. u. B. April 55, 1 bez. u. G. April-Mai 55, 5 bez. u. G. Mai 55, 9 bez. u. G. Juni 56, 7 bez. u. G. Juli 57, 5 bez. u. G. August 58, 3 bez. u. B. August-September —. — loco Spiritus ohne Faß 52, 5 G.

Berlin, 25. Januar. [Berliner Viehmarkt.] Es standen zum Verkauf: 2126 Rinder, 6187 Schweine, 951 Rälber, 4166 Hammel. Der Auftrieb von Rindern war heute zwar etwas geringer ausgefallen, als vor 8 Tagen, da indeß noch viel Vorrath bei den Schlächtern vorhanden war und das Wetter wieder weich geworden ist, überragte der Auftrieb immer noch bedeutend den Bedarf, so daß zwar kein so bedeutender Ueberstand verblieb, als damals, die Preise sich indeß nicht heben konnten. J. Waare erzielte 54—57, II. 42—45, III. 35—38 Mark pr. 100 Pfd. Schlachtgewicht. Der Auftrieb von Schweinen war um ca. 4500 Stück geringer, als vor 8 Tagen, doch hoben sich die Preise nicht so, wie erwartet wurde, da dieser Waare das Wetter noch hürdlicher ist, als den Rindern und sich auch noch viel lebendes Vieh aus voriger Woche in den Händen der Schlächter befindet. Die Preise stellten sich je nach Qualität auf 51—57 Mark pr. 100 Pfd. Schlachtgewicht.

Auch bei Rälbern zeigte sich das Geschäft ein klein Wenig animirter, als in der Vorwoche, wennschon die Preise im Allgemeinen nicht über mittlere Höhe hinaus konnten.

Für Hammel besserer Qualität stellte sich gleichfalls ein kleiner Preisaufschwung heraus, da der Begehr für den Export recht lebhaft war; es wurden hierfür durchschnittlich 21—23 Mark pr. 45 Pfd. bezahlt; mittlere Waare erzielte ca. 16—17 Mark.

Wien, 25. Jan. [Schlachtviehmarkt.] Der heutige Markt war mehr als genügend mit Waare besetzt und belief sich der Auftrieb auf 1678 ungarische, 1014 polnische und 843 deutsche, zusammen 3535 Stück Ochsen. Die Preise brühten sich bei flauem Geschäftsgange abermals um Fl. 2 bis Fl. 2.50 pro Centner. Flan bezahlte ungarische Stallochsen mit Fl. 25 bis Fl. 28, polnische mit Fl. 23 bis Fl. 26 und deutsche mit Fl. 26 bis Fl. 28 pr. Ctr. Schlachtgewicht ohne Steuer. In derselben Woche des Vorjahres war der höchste Preis Fl. 34 pr. Ctr. sammt Steuer.

[Die „Zeitschrift für Gewerbe, Handel und Volkswirtschaft“] Organ des Oberösterreichischen berg- und hüttenmännischen Vereins, redigirt von Dr. Adolf Franz in Deuthen DS., enthält in Nr. 4 vom 23. Januar d. J.: Productions-Nachweisungen des Oberösterreichischen berg- und hüttenmännischen Vereins. — Eisenbericht des Herrn C. E. Müller für das Jahr 1874. — Zur Berliner Magistrats-Vestellung englischer Hören. — Preussens Finanzlage am Schlusse 1874. — Production, Handel, Verkehr. Oberösterreich: Erklärung der Redaction betr. Geschäftsfrage oberösterreichischer Actiengesellschaften. Verein. Königs- und Laurahütte. — Zur Lärj-Erhöhung. — Eisenbahn-Material-Lieferungen. — Deutschlands Montanproduction im Jahre 1872. — Bergbau Baierns und Königreich Sachsen in 1872 und 1873. — Meiningens im Jahre 1873. — Hamburg: Niederlage-Verkehr; Rohlenarbeits-Ermäßigungen. — Bremen: Handelsverkehr im Jahre 1874. — Bergwerksbetrieb Oesterreichs im Jahre 1873. — Belgien: Montanbericht. — Großbritannien: Eisenberichte. — Deutscher Arbeiterfreund: (Abänderung der Gewerbeordnung. — Großbritannien: Lohnreduktionen. — Kinderbeschäftigung in Belgiens Kohlengruben.) — Anzeigen. — Der „Deutsche Arbeiterfreund“ wird die Fortsetzungen der bisher in der „Schles. Presse“ erschienenen „Schlaglichter und Schlag Schatten des Kulturzustandes Schlesiens“ bringen.

Concurs-Eröffnungen.

1) Ueber das Vermögen des Kaufmanns Marcus Hirich zu Bochum. Zahlungs-Einführung: 1. Dec. 1874. Einstweiliger Verwalter: Spatassen-Rendant G. Balf. Erster Termin: 3. Februar. 2) Ueber den Nachlaß des Kaufmanns Louis Tolles zu Hüllsdau. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann Karl Niepel. Erster Termin: 2. Februar.

